


juris-Abkürzung:	BPräsWahlG	Quelle:	
Ausfertigungsdatum:	25.04.1959	Fundstelle:	BGBl I 1959, 230
Textnachweis ab:	03.07.1975	FNA:	FNA 1100-1, Bundesgesetzblatt Teil III
Dokumenttyp:	Gesetz		

Gesetz über die Wahl des Bundespräsidenten durch die Bundesversammlung

Zum 04.04.2026 aktuellste verfügbare Fassung der Gesamtausgabe

Stand: Zuletzt geändert durch Art. 1 G v. 12.7.2007 I 1326

Fußnoten

(+++ Textnachweis Geltung ab: 3.7.1975 +++)

Erster Abschnitt Die Bundesversammlung

§ 1

Der Präsident des Bundestages bestimmt Ort und Zeit des Zusammentrittes der Bundesversammlung.

§ 2

(1) ¹Die Bundesregierung stellt rechtzeitig fest, wieviel Mitglieder die einzelnen Landtage zur Bundesversammlung zu wählen haben. ²Dabei sind die gesetzliche Mitgliederzahl des Bundestages im Zeitpunkt der Beschlußfassung der Bundesregierung und das Verhältnis der letzten amtlichen Bevölkerungszahlen der Länder zugrunde zu legen. ³Bei Ermittlung der Bevölkerungszahlen bleiben Ausländer (§ 2 Abs. 1 des Aufenthaltsgesetzes) unberücksichtigt. ⁴Die Bundesregierung macht die Zahl der von den einzelnen Landtagen zu wählenden Mitglieder im Bundesgesetzblatt bekannt.

(2) ¹Die Landtage haben die Wahl unverzüglich vorzunehmen. ²Besteht am Tage der Bekanntmachung nach Absatz 1 Satz 3 kein Landtag oder hat ein Landtag vor Ablauf seiner Wahlperiode die Wahl nicht mehr vorgenommen, so wählt der neue Landtag die Mitglieder. ³Kann der neue Landtag die Wahl nicht mehr rechtzeitig vornehmen, so tritt an seine Stelle der Ausschuß, der verfassungsgemäß die Rechte des Landtages gegenüber der Regierung bis zum Zusammentritt des neuen Landtages wahrnimmt, oder ein vom Landtag für die Wahl der Mitglieder der Bundesversammlung gebildeter Ausschuß. ⁴Kommt eine rechtzeitige Wahl nicht zustande, so bleiben die auf das Land entfallenden Sitze unbesetzt.

Fußnoten

§ 2 Abs. 1 Satz 3: Eingef. durch Art. 2 Nr. 1 G v. 24.6.1975 I 1593 mWv 3.7.1975; idF d. Art. 11 Nr. 1 G v. 30.7.2004 I 1950 mWv 1.1.2005

§ 2 Abs. 1 Satz 4: Früher Satz 3 gem. Art. 2 Nr. 2 G v. 24.6.1975 I 1593 mWv 3.7.1975

§ 2 Abs. 2 Satz 2 Kursivdruck: Jetzt Abs. 1 Satz 4 gem. Art. 2 Nr. 2 G v. 24.6.1975 I 1593

§ 3

Zur Bundesversammlung ist wählbar, wer zum Bundestag wählbar ist.

§ 4

(1) ¹Der Landtag wählt die auf das Land entfallenden Mitglieder nach Vorschlagslisten. ²Bei der Wahl sind die Bestimmungen der Geschäftsordnung des Landtages entsprechend anzuwenden.

(2) Jeder Abgeordnete hat eine Stimme.

(3) ¹Die Sitze werden, wenn mehrere Vorschlagslisten vorliegen, den Listen nach der Zahl der ihnen zu-gefallenen Stimmen im Höchstzahlverfahren d'Hondt zugeteilt. ²Über die Zuteilung des letzten Sitzes entscheidet bei gleichen Höchstzahlen das vom Präsidenten des Landtages zu ziehende Los. ³Die Sitze werden den Bewerbern in der Reihenfolge ihrer Namen auf den Vorschlagslisten zugewiesen. ⁴Entfallen auf eine Liste mehr Sitze, als Bewerber benannt sind, so gehen die Sitze in der Reihenfolge der nächst-ten Höchstzahlen auf die anderen Listen über.

(4) ¹Der Präsident des Landtages fordert die Gewählten auf, binnen zwei Tagen schriftlich zu erklären, ob sie die Wahl annehmen. ²Die Gewählten erwerben die Mitgliedschaft in der Bundesversammlung mit dem Eingang der schriftlichen Annahmeerklärung bei dem Präsidenten des Landtages. ³Gibt der Ge-wählte bis zum Ablauf der gesetzten Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als zu diesem Zeitpunkt angenommen.

(5) ¹Nimmt ein Gewählter die Wahl nicht an oder scheidet ein Mitglied aus, so tritt der nächste nicht ge-wählte Bewerber der gleichen Vorschlagsliste ein. ²Ist die Vorschlagsliste erschöpft, so geht der Sitz auf die Liste über, auf die die nächste Höchstzahl entfällt. ³Die Feststellung, wer als Listennachfolger ein-tritt, trifft der Präsident des Landtages. ⁴Absatz 4 gilt entsprechend.

(6) Der Präsident des Landtages übermittelt das Ergebnis der Wahl dem Präsidenten des Bundestages.

§ 5

¹Jedes Mitglied des Landtages und jeder in eine Vorschlagsliste aufgenommene Bewerber kann binnen zwei Tagen nach Verkündung des Wahlergebnisses beim Präsidenten des Landtages Einspruch gegen die Gültigkeit der Wahl erheben. ²Über den Einspruch entscheidet der Landtag unverzüglich, spätestens jedoch eine Woche vor dem Zusammentritt der Bundesversammlung. ³Ergeht bis dahin keine Entschei-dung, so entscheidet die Bundesversammlung. ⁴Der Präsident des Bundestages bereitet die Entschei-dung der Bundesversammlung vor.

§ 6

Wird die Wahl nach § 2 Abs. 2 Satz 3 von einem Landtagsausschuß vorgenommen, so gelten §§ 4 und 5 entsprechend.

§ 7

¹Artikel 46, 47, 48 Abs. 2 des Grundgesetzes finden auf die Mitglieder der Bundesversammlung entspre-chende Anwendung. ²Für Immunitätsangelegenheiten ist der Bundestag zuständig; die vom Bundestag oder seinem zuständigen Ausschuss erlassenen Regelungen in Immunitätsangelegenheiten gelten ent-sprechend. ³Die Mitglieder sind an Aufträge und Weisungen nicht gebunden.

Fußnoten

§ 7 Satz 2: Eingef. durch Art. 1 Nr. 1 Buchst. a G v. 12.7.2007 I 1326 mWv 20.7.2007

§ 7 Satz 3: Früher Satz 2 gem. Art. 1 Nr. 1 Buchst. b G v. 12.7.2007 I 1326 mWv 20.7.2007

Zweiter Abschnitt Wahl des Bundespräsidenten

§ 8

¹Der Präsident des Bundestages leitet die Sitzungen und Geschäfte der Bundesversammlung. ²Auf ihren Geschäftsgang findet die Geschäftsordnung des Bundestages sinngemäße Anwendung, sofern sich nicht die Bundesversammlung eine eigene Geschäftsordnung gibt.

§ 9

(1) ¹Wahlvorschläge für die Wahl des Bundespräsidenten kann jedes Mitglied der Bundesversammlung beim Präsidenten des Bundestages schriftlich einreichen. ²Für den zweiten und dritten Wahlgang können neue Wahlvorschläge eingebracht werden. ³Die Wahlvorschläge dürfen nur die zur Bezeichnung des Vorgesprochenen erforderlichen Angaben enthalten; die schriftliche Zustimmungserklärung des Vorgesprochenen ist beizufügen.

(2) ¹Der Sitzungsvorstand prüft, ob die Wahlvorschläge den gesetzlichen Voraussetzungen entsprechen. ²Über die Zurückweisung eines Wahlvorschlages entscheidet die Bundesversammlung.

(3) ¹Gewählt wird mit verdeckten amtlichen Stimmzetteln. ²Stimmzettel, die auf andere als in den zugelassenen Wahlvorschlägen benannte Personen lauten, sind ungültig.

(4) ¹Der Präsident des Bundestages teilt dem Gewählten die Wahl mit und fordert ihn auf, ihm binnen zwei Tagen zu erklären, ob er die Wahl annimmt. ²Gibt der Gewählte innerhalb dieser Frist keine Erklärung ab, so gilt die Wahl als abgelehnt.

(5) Der Präsident des Bundestages erklärt die Bundesversammlung für beendet, nachdem der Gewählte die Wahl angenommen hat.

§ 10

Das Amt des Bundespräsidenten beginnt mit dem Ablauf der Amtszeit seines Vorgängers, jedoch nicht vor Eingang der Annahmeerklärung beim Präsidenten des Bundestages.

§ 11

Der Präsident des Bundestages veranlaßt die Eidesleistung des Bundespräsidenten.

Dritter Abschnitt Schlußvorschriften

§ 12

Die Mitglieder der Bundesversammlung erhalten eine Entschädigung, deren Höhe der Präsident des Bundestages in sinngemäßer Anwendung der für die Mitglieder des Bundestages geltenden Bestimmungen festsetzt.

§ 13

(weggefallen)

Fußnoten

§ 13: Aufgeh. durch Art. 1 Nr. 2 G v. 16.7.2007 I 1327 mWv 20.7.2007

§ 14

Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

Fußnoten

§ 14: Früherer Satz 2 Aufhebungsvorschrift

Redaktionelle Hinweise

Diese Norm enthält nichtamtliche Satznummern.

© juris GmbH